

UNTERNEHMEN

BECK'S
WM steigert Gewinn
 Gutes Wetter und die Fußball-WM haben dem weltgrößten Bierkonzern Anheuser-Busch Inbev zuletzt hohe Gewinne beschert. Das Unternehmen, zu dem Marken wie Beck's, Löwenbräu oder Hasseröder gehören, verdiente im zweiten Quartal unter dem Strich 1,15 Mrd. Dollar (778 Mio. Euro). Der Umsatz gab zugleich allerdings leicht auf 9,2 Mrd. Dollar nach. Das Bier der Marke Budweiser ist laut Konzern das meistverkaufte bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika gewesen. Zudem seien die Absätze außer in Asien gestiegen, weil von April bis Juni weltweit relativ gutes Wetter geherrscht habe. **AFP**

BLACKBERRY-HERSTELLER
Indien setzt RIM eine Frist
 Die indische Regierung hat dem kanadischen BlackBerry-Hersteller RIM eine Frist gesetzt, um die Sicherheitsbedenken des Landes auszuräumen. RIM habe dafür bis zum 31. August Zeit, erklärte das Innenministerium am Donnerstag. Sollte der Smartphone-Hersteller bis dahin keine Lösung präsentiert haben, wird Regierungskreisen zufolge der Kurznachrichtendienst des BlackBerry abgeschaltet. Indien ist einer der am stärksten wachsenden Märkte von RIM. Auf dem Subkontinent laufen 635 Mio. Handy-Verträge. Nur in China gibt es mehr. **rt**

MLP
Sparprogramm zeigt Wirkung
 Das Sparprogramm und die Erholung der Finanzmärkte zeigen beim Finanzdienstleister MLP zunehmend Wirkung. Erstmals seit dem Ausbruch der Finanzmarktkrise im Herbst 2008 konnte das Unternehmen aus Wiesloch (Rhein-Neckar-Kreis) seine Umsatzerlöse im zweiten Quartal wieder steigern. Der Gewinn legte weiter zu. Im zweiten Quartal verdoppelte sich der Gewinn vor Zinsen und Steuern (Ebit) im Vergleich zum Vorjahr fast auf 4,3 Mio. Euro. Unter dem Strich blieb ein Überschuss von 3,1 Mio. Euro nach einem Verlust von 500 000 Euro im Vorjahr. Im ersten Halbjahr schrieb MLP mit 5,1 Mio. Euro Überschuss ebenfalls schwarze Zahlen. **dpa**

M&C GEIZ
Discounter gibt Filialen ab
 Der insolvente Haushalts-Discounter M&C Geiz aus Landsberg bei Halle will sich von unrentablen Filialen trennen. Im Gespräch sei eine Übernahme durch den Textildiscounter NKD. Nach jetzigem Stand werde der überwiegende Teil des Filialnetzes erhalten bleiben, teilte M&C Geiz mit. Für eine nachhaltige Sanierung der Firma sei die Trennung von unrentablen Filialen absolute Voraussetzung, sagte Rainer Eckert, Generalbevollmächtigter der insolventen Firmengruppe. M&C Geiz hat bundesweit rund 260 Filialen und 1700 Mitarbeiter. **dpa**

JENOPTIK
Konzern zurück im Plus
 Der Technologiekonzern Jenoptik ist wieder profitabel. Im ersten Halbjahr wurde ein Gewinn von 3,5 Mio. Euro erwirtschaftet. Im Vorjahreszeitraum hatte das TecDax Unternehmen noch einen Verlust von 11,1 Mio. Euro eingefahren. Jenoptik hatte im vergangenen Jahr auf Umsatzeinbrüche mit der Aufgabe verlustreicher Bereiche unter anderem in Gießen und Stellenabbau reagiert. In den ersten sechs Monaten verbuchte das Unternehmen ein leichtes Umsatzplus von 3,6 Prozent auf 239,6 Mio. Euro bei einem Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) von 10,5 Mio. Euro. Der Vorstand hatte die Geschäftsprognose für 2010 bereits zu Wochenbeginn angehoben. Erwartet wird nun ein EBIT von mindestens 25 Mio. Euro bei einem Umsatz von etwa einer halben Mrd. Euro. **dpa**

RWE fürchtet wegen Atomsteuer um Gewinne

Energiekonzern kritisiert wie zuvor E.on die Bundesregierung – Kraftwerksbetreiber überprüft mittelfristige Ziele

Angaben in Mio. Euro	2010 ± %	2009
Umsatz (gesamt)	27 354 (12,2)	24 386
Betriebsergebnis	4956 (21,4)	4084
Nachhaltiges Nettoergebnis	2746 (23,0)	2232
Mitarbeiter (Anzahl)	71 351 (0,88)	70 726

Schlusskurse in Euro, *Xetra-Schluss

Quelle: RWE, Reuters

DOSSELDORF – Der Atomkraftwerksbetreiber RWE fürchtet wegen der geplanten Brennelementesteuer um seine Milliardengewinne. „Sollte dieses Vorhaben Wirklichkeit werden, würde es in erheblichem Umfang unsere Ertragskraft schmälern“, erklärte RWE-Chef Jürgen Großmann bei der Vorlage der Halbjahreszahlen. Die mittelfristig angepeilten Gewinnsteigerungen seien durch die Steuerpläne gefährdet. Der Essener Konzern müsse diese Ziele überprüfen. Zudem müsse RWE notfalls Investitionen zurückfahren, um seine Bonitätsnoten von den Ratingagenturen unverändert zu halten. Am Vortag hatte bereits Marktführer E.on die Bundesregierung wegen ihrer Pläne scharf angegriffen.

Die Regierung wies die Kritik der Energiekonzerne zurück. „Wir halten uns an den aufgestellten Fahrplan und werden Ende September das Energiekonzept beschließen. Dieser Fahrplan ist auch den Energiekonzernen sehr gut bekannt“, sagte ein Regierungssprecher in

Berlin. Die Bundesregierung will von den AKW-Betreibern – RWE, E.on, EnBW und Vattenfall – eine Brennelementesteuer kassieren, die vom kommenden Jahr an bis 2014 jährlich 2,3 Mrd. Euro in die klemme Bundeskasse spülen soll. Für RWE lief es im ersten Halbjahr 2010 rund. Dank eines gestiegenen Strom- und Gasabsatzes sowie der Einbeziehung des 2009 erwor-

benen niederländischen Versorgers Essent stiegen die Erlöse um zwölf Prozent auf 27,4 Mrd. Euro. Der Betriebsergebnis legte um mehr als 20 Prozent auf rund fünf Mrd. Euro zu. RWE bekräftigte, in diesem Jahr das betriebliche Ergebnis und das für die Dividende entscheidende nachhaltige Nettoergebnis um fünf Prozent steigern zu wollen.

„Die Politik steht im Wort, klare Aussagen zur Laufzeitverlängerung der Kernenergie zu treffen und diese in ein ausgewogenes Energiekonzept einzubetten“, betonte Großmann. „Wir brauchen klare Kante.“ Bislang habe die Politik eher für Verunsicherung gesorgt. Durch die geplante Brennelementesteuer werde das betriebliche Ergebnis von RWE um etwa eine Mrd. Euro belastet. Der Konkurrent E.on hatte seine jährliche Belastung auf 1,3 bis 1,5 Mrd. Euro beziffert.

Großmann bekräftigte, dass die Betreiber bereit seien, einen Teil der Zusatzgewinne aus einer Laufzeitverlängerung abzugeben. „In diesem Sinne schlagen wir als Al-

ternative zu einer Steuer auf Kernbrennstoffe für den Fall einer Laufzeitverlängerung von mindestens 15 Jahren einen Fonds vor, der sich aus Mitteln der kernenergiebetreibenden Unternehmen finanziert.“ Weder Großmann noch Finanzchef Rolf Pöhlh wollten sich dazu äußern, welche Summen in den Topf fließen können. Großmann verwies darauf, dass weitere Fragen, etwa

Dauer der Laufzeit oder Investitionen in die Sicherheit, offen seien. „Der Ball liegt ganz klar in Berlin.“ In der Unions-Fraktion wächst unterdessen der Druck auf die Bundesregierung, längere Laufzeiten der Atomkraftwerke zuzulassen und statt eines Gesetzes für eine Brennelementesteuer lieber einen Vertrag mit den Energiekonzernen zu schließen. **rtt**

Regierung will Ökosteuervorteile kappen

Die Bundesregierung will bei der Umsetzung ihres 80-Milliarden-Sparpakets Vorteile der Industrie bei der Ökosteuern streichen. Das geht aus einem Gesetzentwurf von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hervor. Im nächsten Jahr sollen Vergünstigungen für Industriezweige, die besonders viel Strom verbrauchen, in Höhe von einer Mrd. Euro gestrichen werden. Im Jahr 2012 geht es um 1,5 Mrd. Euro.

Im Entwurf heißt es, dass Unternehmen des produzierenden Gewerbes insgesamt mit rund sechs Mrd. Euro von Subventionen im Bereich der Energie- und Stromsteuer profitierten. „Die Steuerbegünstigungen werden jedoch mittlerweile in vielen Fällen auch von Energieverbrauchern genutzt, die nicht zu dem Kreis derjenigen gehören, die ursprünglich entlastet werden sollten“, schreibt das Ministerium. **dpa**

Düngerproduzent K+S verachtfacht den Gewinn

FRANKFURT/M. – Steigende Preise für Weizen und andere Agrarprodukte stimmen den Salz- und Düngemittelkonzern K+S optimistisch. Da die Bauern angesichts höherer Getreidepreise wieder verstärkt Dünger ordern, hat das Unternehmen seinen Betriebsgewinn von April bis Juni mehr als verachtfacht. Nach dem Krisenjahr 2009 sei die Talsohle durchschritten, der Konzern befinde sich wieder auf Wachstumskurs, sagte Firmenchef Norbert Steiner am Donnerstag. „Auch im zweiten Halbjahr dürfte sich der positive Trend bei der Düngemittelnachfrage fortsetzen.“

Zuversichtlich stimmen Steiner vor allem die zuletzt deutlich gestiegenen Preise für Zucker, Mais, Sojabohnen und für Weizen, die wichtigste Kulturpflanze im K+S-Kernmarkt Europa. Der Weizenpreis schoss vergangene Woche aufgrund der Dürre und der Brände in Russland auf den höchsten Stand seit über zwei Jahren. K+S ist in Russland zwar kaum aktiv, die Ernteaussfälle dort lassen aber den Weltmarktpreis für Weizen nach oben schnellen. Laut K+S-Chef Steiner ist noch nicht abzusehen, ob der Trend zu höheren Preisen für Agrarrohstoffe länger anhält.

Das Geschäft von K+S ist abhängig von den Agrar- und Düngemittelmärkten, die in den vergangenen Jahren eine Berg- und Talfahrt hingenommen. Mit dem Agrarboom 2008 zog die Nachfrage nach Düngemitteln und die Preise kräftig an. In der Wirtschaftskrise brachen die Geschäfte dann 2009 stark ein. Seit gut einem halben Jahr geht es nun wieder aufwärts – auch, weil Spekulanten an die Agrarmärkte zurückgekehrt sind.

Im zweiten Quartal fuhr das Unternehmen einen Betriebsgewinn von 155,5 Mio. Euro ein, nach 18,1 Mio. ein Jahr zuvor. Die Erlöse kletterten um 43 Prozent auf 1,1 Mrd. Euro. Zudem traut sich K+S erstmals eine Ergebnisprognose für 2010 zu. Demnach soll der Umsatz auf 4,6 bis 5,0 (2009: 3,6) Mrd. Euro und der Betriebsgewinn (Ebit) auf 550 bis 600 (238) Mio. steigen.

An der Börse kam die Prognose schlecht an. Viele Investoren hatten angesichts kräftiger Gewinnsprünge bei Konkurrenten wie Potash, Uralkali und Mosaic auf einen optimistischeren Ausblick gesetzt. Die Quartalszahlen seien zwar besser als erwartet, erklärte BHF-Analystin Annett Weber. „Aber die Ebit-Prognose ist enttäuschend. Da habe ich wie die meisten Marktteilnehmer mehr erwartet.“

Im Zuge der Konsolidierung der Düngemittelbranche, die derzeit in vollem Gange ist, hofft K+S auf Zukaufmöglichkeiten im Kali- und Magnesiumbereich. „Wir sind auf der Suche nach Ausbaumöglichkeiten“, sagte Steiner dem Fernsehsender n-tv. Mega-Übernahmen strebe der Konzern aber nicht an, er werde deshalb parallel weiter auf die Erschließung neuer Kali-Minen setzen. „Ob wir dann selbst in das Fadenkreuz von interessierten Aktionären oder Finanziers kommen, können wir nicht sagen.“ **rtt**

Angaben in Mio. Euro	2010 ± %	2009
Umsatz (gesamt)	2592,10 (42,9)	1814,40
Operativer Gewinn	423,2 (120,3)	192,1
Investitionen	61,7 (-12,6)	70,6
Gewinn	248,6 (222,4)	77,1
Mitarbeiter (Anzahl zum 30.6.)	15 102 (23,5)	12 233

Schlusskurse in Euro, *Xetra-Schluss

Quelle: K+S, Reuters



Die grünen Züge der Bahn rollen mit Strom, der komplett aus erneuerbaren Energiequellen stammt. Der Ausstoß an schädlichen Emissionen, vor allem beim Klimakiller CO₂, liegt bei Null **DEUTSCHE BAHN**

Deutsche Bahn schickt die ersten Öko-Güterzüge durchs Land

Audi lässt Autos klimafreundlich transportieren und zahlt dafür einen Aufpreis – Angebot ergänzt grüne Tickets im Personenverkehr

Von Nikolaus Doll

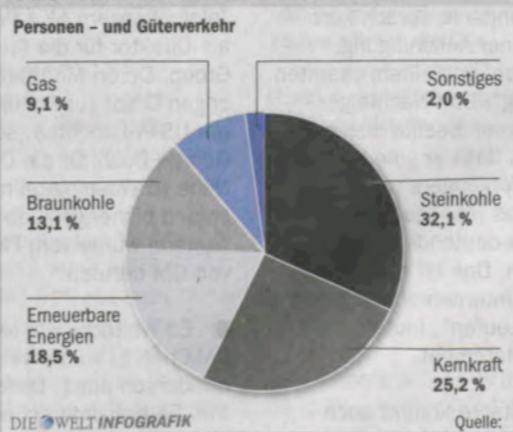
BERLIN – Bahn fahren ist nicht immer gesundheitsfördernd (siehe Thema Klimaanlagen) oder gar erholsam (siehe Thema Verspätungen), aber es beruhigt in jedem Fall das Gewissen. Denn kaum ein Verkehrsmittel ist so umweltschonend wie die Bahn. Damit das aber nicht nur so bleibt, sondern besser wird, rollen ab sofort die ersten Öko-Güterzüge der Deutschen Bahn durch das Land. Audi transportiert seine Autos vom Stammwerk Ingolstadt zum Verladehafen im niedersächsischen Emden nun mit CO₂-freien Zügen. Der Strom für diese Freuen stammt vollständig aus erneuerbaren Energiequellen, in diesem Fall aus bayerischen Wasserkraftwerken. Der Ausstoß an schädlichen Emissionen, vor allem beim Klimakiller CO₂, liegt bei Null – sauberer geht's nicht. „Wir freuen uns, Audi dafür gewonnen zu haben. Das wird Signalwirkung haben“, sagt Bahn-

Logistikchef Karl-Friedrich Rausch. Aber ganz so einfach ist das nicht.

Das Angebot „Eco Plus“ gibt es schon länger, doch bislang waren die Kunden zögerlich. Der Grund ist klar: Saubere Güterzüge haben ihren Preis. „Wir zahlen dafür einen Aufpreis“, sagt Ernst-Hermann Krog, Leiter Markenlogistik bei Audi. Bahn-Logistikchef Rausch erklärt, die Bahn sei mit zwei weiteren Konzernen im Gespräch. Ein Abschluss der Verhandlungen über „Eco Plus“ werde „in Kürze“ erwartet.

Die VW-Tochter Audi, die schon jetzt zwei Drittel ihrer Neuwagen auf der Schiene transportiert, wird künftig pro Jahr 625 Züge mit etwa 150 000 Fahrzeugen klimaneutral vom Stammwerk zur Verschiffung nach Amerika oder Asien befördern. Mit den Öko-Güterzügen

Strommix der Deutschen Bahn



senkt der Autobauer seinen Ausstoß von CO₂, um jährlich rund 5250 Tonnen. „Das entspricht dem Ausstoß von mehr als 2200 Haushalten jedes Jahr“, rechnet Krog vor. Die Mehrkosten nehmen die Ingolstädter dabei in Kauf. „Das ist es uns wert“, meint der Audi-Manager. Die Autochefs wissen, wie wichtig gera-

de bei einem Premiumhersteller das Image ist, umweltgerecht zu produzieren und zu transportieren.

Im Personenverkehr bietet die Bahn bereits CO₂-freie Fahrkarten an. Privatkunden oder Konzerne können sich für „Umwelt-Plus“-Tickets entscheiden, bei denen der Konzern zusätzlich Strom aus regenerativen Energien kauft. Die Bahn selbst produziert in zwei eigenen Wasserkraftwerken Strom. 59 Unternehmen lassen ihre Mitarbeiter bereits mit den Klimatickets fahren, darunter natürlich der DB-Konzern selbst. Ein Prozent des üblichen Ticketpreises muss auf die Öko-Fahrkarte draufgezahlt werden. Für dieses Jahr rechnet die Bahn damit, dass sie damit ihren CO₂-Ausstoß um 14 000 Tonnen reduzieren kann.

Die Öko-Tickets sind Teil der Anstrengung des Konzerns, dauerhaft

umweltfreundlicher zu werden. Umweltverbände kritisieren immer wieder, dass Zugfahrten längst nicht so sauber sind, wie das Unternehmen Deutsche Bahn es stets darstellt. Der Strom für das DB-Netz stammt derzeit zu mehr als 45 Prozent aus Kohle, regenerative Energien machen dagegen bislang nur etwas mehr als 18 Prozent aus.

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) bescheinigt dem Unternehmen zwar insgesamt gute Umweltnoten: „Bahn fahren ist ohne Frage klimaneutraler, als das Auto oder der Flieger zu nutzen“, sagt Heidi Tischmann, Referentin für Verkehrspolitik. „Aber die Bahn muss sich anstrengen, bei der Steigerung der Energieeffizienz der Autobauer mithalten und den bisherigen Vorsprung zu halten beziehungsweise auszubauen.“ Und genau dies hat der Konzern nun vor: Bis zum Jahr 2020 soll der CO₂-Ausstoß um 20 Prozent gesenkt werden. 2050 soll er bei Null liegen.

Anzeige

„Das Vergessenen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung.“
 Kabbalist Baal Schem Tow

Werner Bab

Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande
 geboren am 2. Oktober 1924 in Oberhausen
 gestorben am 31. Juli 2010 in Berlin

In den letzten fünf Jahren engagierte sich Werner Bab unermüdlich und warb für Demokratie, Toleranz und Volkerverständigung. Mit seiner lebensbejahenden und positiven Einstellung stand er unzähligen Schülern als Zeitzeuge zur Verfügung. Offen beantwortete Werner Bab die gestellten Fragen zu seinen Erlebnissen als Häftling in den Konzentrationslagern Auschwitz, Mauthausen und Ebensee, um vor den Folgen totalitärer Regime zu warnen.

Dein plötzlicher Tod hat uns alle überrascht.
 Wir vermissen Dich sehr.
 Deine Vereinsfreunde von imdialoge.V.

Irische Nonnen verklagen Morgan Stanley

Beten war zwecklos: Die US-Investmentbank soll die Schwestern um fünf Millionen Euro geprellt haben

London – Es gilt als ausgemacht, dass sich Investmentbanker mit ihrem Job wohl kaum einen Platz im Himmel erarbeiten können. So richtig moralisch sind ihre Geschäfte ja selten. Gottes besonderen Unmut hat sich nun aber die US-Investmentbank Morgan Stanley eingehandelt. Wobei nicht Gott persönlich sich beschwert, sondern eine Gruppe Hunderter irischer Nonnen. Beim britischen High Court ging in dieser Woche eine Klage mit dem Namen „The Sisters

of Jesus and Mary versus Morgan Stanley“ ein. Darin beschuldigen 88 Investoren – darunter mehrere Nonnenorden – die Bank, sie um fünf Mio. Euro geprellt zu haben. 2005 kauften die Investoren für 5,88 Mio. Euro Derivate, deren Wert von zugrunde liegenden Anleihen der Dresdner Bank abgeleitet wurde. Versprochen hatte Morgan Stanley den Schwestern, sie könnten innerhalb von vier Jahren 6,25 Prozent Gewinn machen. Viel Geld also, um viel Gutes zu tun. Doch die Nonnen hatten die Rechnung ohne die Finanzkrise gemacht.

Vertraglich vereinbart war Informationen des „Wall Street Journal“ zufolge, dass Morgan Stanley die Anleihen verkaufen sollte, wenn sie stark an Wert verloren. Doch genau daran scheint sich die US-Investmentbank nicht gehalten zu haben. Obwohl die Anleihe der Dresdner Bank im Januar 2009 als Ramschanleihe eingestuft wurde, verkaufte Morgan Stanley nicht. Stattdessen wartete die Investmentbank laut der Klage ab, bis sich die Anleihe soweit erholt, dass Morgan Stanley sie ohne Verlust verkaufen konnte.

Während die Nonnen glauben, durch die Verzögerung 80 Prozent ihres Investments verloren zu haben, bestreitet Morgan Stanley die Vorwürfe. Weil die Dresdner-Bank-Anleihe im Januar 2009 so stark abwertete, sei für die Anleger ohnehin nichts mehr zu holen gewesen, schreibt die US-Bank in einem Statement. „Es entstanden keine zusätzlichen Verluste für die Anleger in Folge des verspäteten Verkaufs.“ Wer nun Recht hat, darüber entscheidet spätestens das jüngste Gericht. Zunächst soll aber der britische High Court urteilen.